

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/022/2007

Kreisausschuss am 04.06.2007

Zu Punkt 10: Kreisentwicklung - Sachstandsbericht

KA Carraro berichtet von einer Studie des Instituts Prognos, das für den Städte- und Gemeindebund ein Ranking zur demographischen Entwicklung erstellt hat. Er regt an, dass der Kreis die Lizenz zum Abruf der Statistiken erwirbt und den Kreistagsmitgliedern das Ergebnis zur Verfügung stellt.

KA Roeloffs weist darauf hin, dass dort lediglich statistische Daten zusammengetragen wurden und sich die Kosten für wenigstens im Ansatz aussagekräftige Daten im Kostenrahmen von bis zu 15.000 € bewegen.

Auch Landrat Hendele zweifelt an der Aussagekraft der Studie, die teilweise falsche bzw. ungenaue Daten enthalten soll.

Herr Richter erläutert den bisherigen Sachstand und berichtet, dass dem Kreis mittlerweile ein Entwurf der Studie der IHK vorliegt. Die Entwurfsinhalte, die auf Wunsch der IHK noch vertraulich behandelt werden sollen, werden nunmehr seitens der IHK in individuellen Gesprächsterminen mit dem Kreis, den zehn kreisangehörigen Städten und der Stadt Düsseldorf vorgestellt und erörtert. Danach wird die IHK die Gesamtstudie veröffentlichen. Sie wird voraussichtlich in der nächsten Kreisausschusssitzung am 10. September beraten werden können.

Er führt weiter aus, dass bei allen Fachplanungen und strategischen Entscheidungen der Kreisverwaltung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Erkenntnisgrundlagen des Sachgebietes Kreisentwicklung/Integrationsförderung zurückgreifen, so dass der demographische Wandel berücksichtigt wird. Die Entscheidung in den politischen Gremien wird sukzessive vorbereitet. Für die Pflege- und Schulentwicklungsplanung stehen in Kürze politische Entscheidungen an.

KA Völker stellt fest, dass viele Handlungsfelder in die Zuständigkeiten der Städte fallen und der Kreis hierauf keinen Einfluss hat. Er schlägt vor, sich auf die Bereiche zu konzentrieren, für die der Kreis zuständig ist (insbesondere die Bereiche Pflege / Behinderte) und für alle anderen Bereiche im Rahmen der Bürgermeisterkonferenz die kreisangehörigen Städte zu sensibilisieren.

KA Dr. Ibold fordert eine öffentliche Diskussion ein, um die Bürgerinnen und Bürger in der Diskussion „mitzunehmen“.

Der Kreisausschuss verständigt sich auf weitere Diskussionen, sobald die Ergebnisse der Studie veröffentlicht sind.

Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.